

Herr Hellweg und die Schützengräben

Wenig Nachhaltiges vom IBA-Chef auf dem Pegelstand über die Nachhaltigkeit der IBA

hk. Die Pegelstandveranstaltung „War die IBA gut (genug) für Wilhelmsburg?“ am 2. Dezember reihte sich ein in die aktuellen Diskussionen über die Frage, wie sich der Stadtteil nach der IBA weiterentwickelt.

Das Interesse war sehr groß, der Raum im Bürgerhaus erwies sich als zu klein. Mehrere der über einhundert Gäste mussten vor der Tür bleiben. Hartmut Sauer von Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. stellte zu Beginn fünf Themenbereiche vor, um die es in der Diskussion gehen sollte: das Thema Bildung, das Reiherstiegviertel, den Bereich Wohnen, das IBA-Format und das Rahmenkonzept Verkehr.

Zu jedem Thema wurde ein kurzes Experten-Referat gehalten.

Die Positionen der Statements waren nicht überraschend. So wurde in mehreren Beiträgen kritisiert, dass die IBA den Konflikt zwischen den Interessen der Hafenwirtschaft und Wilhelmsburg als Wohngebiet tabuisiert habe. Mit der Folge, dass der Senat im aktuellen Rahmenkonzept Gewerbebetriebe und den dazugehörigen Schwerverkehr wieder in den Mittelpunkt stelle – zu Lasten der Wohnbevölkerung. Außerdem wurde in den Statements bemängelt, dass die IBA die soziale Frage negiert habe: von bezahlbarem Wohnraum bis zu völlig fehlender Perspektive für die Bildungspolitik über die Leuchtturmprojekte hinaus. „Die Protagonisten, die vorher diese Projekte gerühmt haben, lassen uns jetzt im Regen stehen,“ sagte Kai Stöck von der Schule Stübenhofer Weg, der das Bildungsthema referierte.

Wer von IBA-Chef Uli Hellweg an diesem Abend eine kritische Auseinandersetzung mit der Bauausstellung und ihren Folgen erwartet hatte, hatte sich getäuscht. Er teilte zwar einige wenige Punkte aus den Statements: So die Forderung nach einer dauerhaften Sicherung des Managements der Bildungshäuser und Netzwerke, ebenso die Kritik an den aktuellen Verkehrsplänen: „Da waren wir schon mal weiter“.

Tenor seiner Ausführungen war aber, alle Kritiker in die „Radikalinski-Ecke“ zu stellen. In Wilhelmsburg seien jahrelang Protest-Flugblätter produziert worden und es sei nichts dabei herausgekommen. Erst die IBA habe begonnen, Probleme zu lösen, die vorher nicht lösbar waren. Er verwies dabei auf die Bildungsoffensive. Außerdem betonte er, die IBA habe den Konflikt mit der Hafenwirtschaft nicht tabuisiert. Sie stehe vielmehr ausdrücklich für die

„zivilgesellschaftliche Nachbarschaft“ zwischen Gewerbebetrieben und Wohnquartieren. Er forderte auf, z.B. mit den Nordischen Ölwerken konstruktiv zu verhandeln, anstatt gegen ihren Gestank zu polemisieren. Außerdem bekannte er sich noch einmal zum Zuzug besserverdienender Neubürger und zur „sozialen Vielfalt“. Das sei kein Allheilmittel, aber der Stadtteil wirke so als „dritter Erzieher“ positiv auf die ärmere Bevölkerung ein.

Was gut war an der IBA könne man erst in einigen Jahren sagen. Aber gefährdet sah er die Nachhaltigkeit der Projekte vor allem dann, „wenn ihr jetzt wieder in eure Schützengräben zurückgeht“. Mehrfach beschwor er, man müsse verhandeln und „weniger Lärm machen“ und sah in den kritischen Positionen „die antikapitalistischen Sprüche der 80er Jahre, die heute unbrauchbar sind.“

Mehrere Teilnehmer verwahrten sich im Laufe des Abends gegen Uli Hellwegs bemerkenswerte Sicht des Wilhelmsburger Bürgerengagements. Es wurde betont, dass immer wieder zu verschiedenen Themen und zum Teil auch mit Erfolg lange und geduldig verhandelt wurde. Andererseits, so betonte Liesel Amelingmeyer von Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg hätte es ohne die Hellwegsschen „Schützengräben“, das heißt ohne die unterschiedlichen Protestformen, die IBA wahrscheinlich gar nicht gegeben.

Die Argumente werden die Meinung des IBA-Chefs wohl nicht geändert haben. Aber das ist wahrscheinlich auch gar nicht so wichtig. Wichtiger war der nächste Schritt, den Manuel Humburg am Ende der Veranstaltung ankündigte. Am Donnerstag, 18.12. findet eine öffentliche Anhörung des Stadtentwicklungsausschusses zu den brisanten Punkten des „Rahmenkonzepts 2013+“ statt, die ohne die Forderung aus Wilhelmsburg wohl nicht zustande gekommen wäre. Die Gelegenheit, den Hamburger Verantwortlichen noch einmal deutlich zu machen, dass eine „Rolle rückwärts“ in der Stadtentwicklung auf den Elbinseln nicht widerspruchsfrei hingenommen wird.